



DATUM: 25.5.60 NR.: 151/60
FB/GH.

Mitteilung für die Presse

Sperrfrist: 25.5.60 - 20 Uhr.

In der Sendereihe "Politik aus erster Hand" des Bayerischen Rundfunks spricht heute der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt:

Der Bundestag hat gestern den normalen Ablauf seiner Tagesordnung unterbrochen, um dem Bundeskanzler und den Sprechern der Fraktionen Gelegenheit zu geben, formulierte Erklärungen abzugeben, die sich mit der Situation nach der gescheiterten Gipfelkonferenz beschäftigten. Soweit ich weiß, sind diese verschiedenen Erklärungen nicht untereinander abgestimmt worden. Um so bemerkenswerter war es, festzustellen, daß alle Redner in der Beurteilung einiger Grundtatbestände unserer Lage übereinstimmten. Alle gaben dem sowjetischen Ministerpräsidenten die Schuld am Scheitern der Konferenz, alle bedauerten diese Ereignisse, die die Hoffnungen vieler Menschen auf eine Minderung der Spannungen in der Welt enttäuscht haben, aber niemand sah eine andere Möglichkeit, als neue Versuche zu unternehmen, um zu Verhandlungen zu gelangen. Das wurde von der Opposition in der Form des Verlangens an die Regierung vorgebracht - wie man es nicht anders erwarten kann. Das formulierte der Bundeskanzler als Versicherung, die Bundesregierung werde an allen Bemühungen teilnehmen, die auf das Zustandekommen neuer internationaler Gespräche gerichtet sind.

Niemand, der nicht den Krieg will, kann eine andere Haltung einnehmen. Es kann eben, so wie die Dinge liegen, keine parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten darüber geben, daß die großen offenen Fragen weder durch die Androhung noch durch die Anwendung von Gewalt, sondern nur durch friedliche Mittel auf dem Verhandlungswege geregelt werden sollen. Das hat der Bundeskanzler gestern gesagt. Ich wiederhole das in seinen eigenen Worten.

Wenn wir uns nun den deutschen Aspekten zuwenden, die sich aus dieser weithin gleichen Beurteilung der internationalen Lage ergeben, so können wir auch hier eine Reihe von gleichen Anschauungen finden. Die widernatürliche Teilung Deutschlands und die Bedrohung Berlins sind nur ein Ergebnis, nicht aber Ursache der Spannungen zwischen Ost und West. Das deutsche Problem wird nur dann gelöst werden, wenn auch dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zuerkannt werden wird. Ich bin der festen Überzeugung, daß nicht unser Volk das einzige bleiben kann und wird, dem man dieses elementare Recht verweigert. Denn ich bin ebenso überzeugt, daß in einer absehbaren Zahl von Jahren das Recht der Völker, über ihre eigenen Angelegenheiten zu bestimmen, die politische Landkarte unserer Welt noch stärker verändert haben wird, als es schon jetzt der Fall ist.

Es gibt auch keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß es keine Vereinbarungen über Berlin geben darf, die eine Bedrohung der Freiheit der Stadt und ihrer Menschen darstellen. Ich hätte mich